



Für Gott und das Gute

Auf dem Weg zur Führungsmacht

«Wenn Reverend Falck», entgegnete Doremus Jessup, «mir die Antwort verzeihen will, zum Teufel mir eurem: nicht möglich! Nennt mir doch ein anderes Volk, das so viel Anlage zur Hysterie hätte wie unseres. [...] Wisst ihr noch: die Zeit des roten Schreckens und der Katholikenfurcht? Als jeder wohlinformierte Mann im Lande wusste, dass [...] der republikanische Wahlfeldzug gegen den Katholiken Al Smith bei der Bergbevölkerung von Carolina unter der Parole geführt wurde, wenn Al siegt, wird der Papst ihre Kinder für unehelich erklären! [...] Gedenkt der Night-Riders aus Kentucky und der wilden Freude, die viele unter uns über einen Lynchmord empfinden! Bei uns nicht möglich? Hat man zur Prohibitionszeit etwa nicht Leute niedergeschossen, weil sie möglicherweise Schnaps schmuggelten? [...] Wir sind in diesem Moment alle bereit, zu einem Kinderkreuzzug aufzubrechen – zu einem Kreuzzug von Erwachsenen.»¹

Starker Tobak. Als Sinclair Lewis, erster amerikanischer Nobelpreisträger für Literatur, diese Sätze im Jahr 1935 zu Papier brachte, errichtete die Regierung Franklin D. Roosevelt gerade Brandmauern gegen die Verheerungen der Weltwirtschaftskrise, während die Nazis in Deutschland und ihre Verbündeten in Italien die Krise nutzten, um die letzten Überbleibsel der Demokratie zu schleifen. Amerikas Präsident suchte umtriebig nach Mitteln gegen die Angst, während Europas Diktatoren und Autokraten auf die Maximierung von Ängsten setzten. Wie konnte man angesichts dessen auf die Idee verfallen, ausgerechnet der

amerikanischen Gesellschaft eine besonders ausgeprägte Neigung zur Hysterie zu unterstellen?

In seinem Roman «It Can't Happen Here» thematisiert Sinclair Lewis die Angst vor einer «roten Flut», also die Jahre emotionaler Überhitzung am Ende des Ersten Weltkrieges. Der Furor des «Red Scare» zielte auf «feindliche Ausländer» und streikende Arbeiter, auf Pazifisten, Sozialisten, Anarchisten oder alle, die im Verdacht standen, keine «100prozentigen Amerikaner» zu sein. Wie ein Lauffeuer ging die Legende um, eine verschworene Minderheit hätte es – vom Ausland unterstützt, wenn nicht gesteuert – darauf abgesehen, die «Festung Amerika» auszuhöhlen und letzten Endes zu Fall zu bringen. Verräter hatten sich angeblich allorts eingenistet, eine große Koalition staats-treuer Bürger fühlte sich zum Abwehrkampf aufgerufen und benahm sich entsprechend. In der Provinz wie in Großstädten wurden Bürgerwehren mit zehntausenden von Mitgliedern gegründet. Mal zwangen sie streikende Arbeiter mit Waffengewalt zum Verlassen ihrer Städte, mal machten sie Jagd auf Kriegsdienstverweigerer, mal unterstützten sie die Staatsgewalt bei der Verhaftung und Deportation von «Roten». Dass die «Bolschewiken» entweder ihre Haltung ändern oder am Strick baumeln müssten, verkündeten Redakteure des «United Presbyterian»; ähnliches war aus den Reihen etablierter Parteien, einschließlich der «Progressive Party», zu hören, von der Presse ganz zu schweigen, die bis zur «New York Times» ihrer Gier nach aufwühlenden, die Auflage steigernden Nachrichten nachgab.²

Diesem Phänomen wollte Sinclair Lewis auf den Grund gehen. Was erklärt die politischen Ängste, Leidenschaften und Affekte? Woher rühren die Verwundbarkeitsphantasien? Warum folgte ein Gutteil der Gesellschaft den Aufrufen zu einem politischen Kreuzzug? Die Fragen stellten sich umso mehr, als die kollektive Erregung nicht nachließ. Sie verlagerte sich nur und bestimmte seit 1920 die Debatte über Amerikas außenpolitischen Kurs.

Eine Welt nach amerikanischer Fassung

«Wie Ordnung schaffen» war das Reizthema in der Zwischenkriegszeit schlechthin. Gut 20 Jahre lang lieferten sich zwei Lager im Parlament und in den Medien erbitterte Wortgefechte: «Isolationisten» auf der einen, «Internationalisten» auf der anderen Seite. Wobei diese Etiketten allenfalls zur Grobsortierung taugen. Denn die so genannten Lager waren weder personell noch programmatisch gefestigt. Eher sollte man von wetterwendischen Koalitionen sprechen, die untereinander viel Gemeinsames teilten und deshalb für Wendemanöver taugten. Das gilt nicht zuletzt mit Blick auf die wichtigste Kontroverse, nämlich den Streit darüber, welchen Umfang die Streitkräfte haben und welchen Gebrauch die USA davon machen sollten.

«Wir haben keinen göttlichen Auftrag, als Weltpolizist aufzutreten. Hoch gerüstete Nationen sind als Friedensstifter so wenig geeignet wie bis an die Zähne bewaffnete Individuen.»³ Mit diesem Satz sprach Louis Ludlow, Abgeordneter des Staates Indiana im Repräsentantenhaus, einer buntscheckigen Schar von Unterstützern aus der Seele. Politiker beider großen Parteien, Gewerkschafter, Kirchenvertreter aller Denominationen, Frauenrechtler, Farmer, Industriearbeiter, Studenten, Professoren, Konservative, Liberale, Sozialisten und Kommunisten sowieso, sie alle konnten sich auf die Forderung nach außenpolitischer Zurückhaltung einigen – Seit' an Seit' mit Xenophoben und Rassisten, die sich zu ihnen gesellten, weil sie ihrem Land eine Kontaktsperre zu «minderwertigen Rassen» auferlegen wollten. Von einer Bewegung sollte man nicht sprechen, dafür war der Zusammenhalt zu fragil. Aber diese Schwäche wurde über Jahre wettgemacht durch das Auftreten wortgewaltiger Anführer. Senatoren vom Schlage eines William E. Borah, Robert M. LaFollette Jr., George Norris, Hiram Johnson, Gerald P. Nye, Burton K. Wheeler und Henry Cabot Lodge wussten, wie man im Parlament Mehrheiten zimmert oder die Gegenseite blockiert.

Als «Anti-Imperialisten» oder «Isolationisten» hatten sich einige seit der Jahrhundertwende einen Namen gemacht und wurden dafür von Wählern im ländlichen Mittleren Westen, Süden, Nordosten und in Kalifornien ebenso honoriert wie in Großstädten von New York bis St. Louis.

Gegen eine Welt nach amerikanischer Fassung hatten die «Isolationisten» keine Einwände. Im Gegenteil. Fraglich war die Wahl der Mittel. Eine interventionistische Außenpolitik, so ihr Einwand, fördert einen starken Militärapparat, dieser aber vergiftet die Demokratie an der Wurzel. Was damit gemeint war, konnte man von September 1934 bis Februar 1936 in öffentlichen Kongressanhörungen über die «Händler des Todes» oder in sage und schreibe sieben Abschlussberichten, ein jeder hunderte von Seiten stark, erfahren. Senator Gerald P. Nye hatte einen nach ihm benannten Untersuchungsausschuss auf die Beine gestellt, der buchstäblich alle Ecken amerikanischer Militärpolitik seit dem Ersten Weltkrieg auskehrte. Es ging um Rüstungsprofite und Kriegstreiberei, um zweifelhafte Verbindungen zu ausländischen Konzernen und Regierungen, um Korruption und maßlos überhöhte Preise zu Lasten der Allgemeinheit, um die künftige Besteuerung von Waffenproduzenten, wenn nicht gar um die Verstaatlichung ihrer Betriebe. Über allem aber schwebte die Warnung vor einer schleichenden Entmachtung des Parlaments, also die Sorge, dass die Exekutive unter Berufung auf «nationale Sicherheit» ihre Kompetenzen überschreitet und am Ende die Gewaltenteilung aushebelt. Was Jahrzehnte später, während des Vietnamkrieges, anhand von Stichworten wie «militärisch-industrieller Komplex» oder «national security state» diskutiert wurde, fand hier ein inspirierendes Vorbild.⁴

Kaum hatten sie den Beitritt ihres Landes zum Völkerbund abgewendet, feierten die «Isolationisten» mit der Demontage der amerikanischen Kriegsmaschine einen noch größeren Erfolg. Wäre der «National Defense Act» aus dem Jahr 1920 umgesetzt worden, hätten 280 000 GIs und 500 000 Nationalgardisten unter Waffen gestanden. Stattdessen kamen die Streitkräfte des Bun-